

Weinheimer Abtreibungsgegner bekommt Recht

EU-Gericht lässt drastischen Vergleich zu

Abtreibungen in Baden-Württemberg mit Nazi-Morden zu vergleichen - das geht nicht, haben deutsche Gerichte entschieden. Geht doch, findet der Straßburger Menschenrechtsgerichtshof.



Der Streit um Abtreibungen beschäftigt häufig Gerichte (Archivbild)

Schon mehrfach hat sich der radikale Abtreibungsgegner Klaus Günter Annen aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg gewandt, weil er bei den deutschen Gerichten nicht weiterkam. Mehrfach haben die europäischen Richter seine Anträge abgeschmettert. Diesmal hatte er aber Erfolg. Am Donnerstag entschied eine Mehrheit der Richter: Deutschland hat bei einem Verbot von Flugblättern nicht richtig abgewogen zwischen der Meinungsfreiheit und den Persönlichkeitsrechten der Ärzte.

2005 hatte Annen vor einer gynäkologischen Tagesklinik in Ulm demonstriert und dort Flugblätter verteilt. Es wurden dort rechtswidrige Abtreibungen durchgeführt, die der deutsche Gesetzgeber allerdings nicht unter Strafe stelle. Auf der Rückseite seines Flugblatts hatte er auf die Nazi-Zeit verwiesen: In Auschwitz seien auch Menschen rechtswidrig ermordet worden, und der NS-Staat habe das nicht unter Strafe gestellt. Die Proteste führten letztendlich zur Schließung der Klinik in Ulm.

Annen kämpft seit Jahren bundesweit vor Arztpraxen und im Internet gegen Mediziner, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, unter anderem auch **in Stuttgart**. Er vergleicht Abtreibungen mit den Massenmorden der Nationalsozialisten und spricht analog zum Holocaust vom "Babycaust".

Deutsche Richter auf der Seite der Ärzte

Die Ärzte gingen gerichtlich gegen Annen vor und seine Flugblätter wurden verboten.

Annen dürfe nicht unterstellen, dass die Abtreibungen gegen das Recht verstießen und er dürfe die Ärzte nicht in Zusammenhang mit dem Holocaust bringen, entschieden sowohl das Landgericht in Ulm als auch das Oberlandesgericht in Stuttgart. Das Bundesverfassungsgericht nahm seine Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung an. Mit einer ersten, 2006 eingereichten Klage war er auch vor dem Menschenrechtsgerichtshof gescheitert.

Jetzt sahen die europäischen Richter das anders: Tatsächlich seien Abtreibungen in Deutschland ja grundsätzlich rechtswidrig, blieben aber straffrei, wenn zum Beispiel die nötige Beratung stattgefunden habe. Der Abtreibungsgegner habe also nichts Falsches gesagt, sondern nur die Rechtslage beschrieben. Im Gegenteil könne man Annens Flugblatt vielmehr als Appell verstehen, sich bewusst zu machen, dass Moral und Recht nicht gleichzusetzen seien, heißt es in dem Urteil. Außerdem habe er die Ärzte nicht direkt mit den Nazis verglichen. Die Flugblattaktion sei als Beitrag zu einer für die Öffentlichkeit wichtigen, kontroversen Debatte zu werten.

Kein einstimmiges Urteil

Die Straßburger Richter sprachen Annen wegen Verletzung der Meinungsfreiheit eine Entschädigungszahlung von rund 13.700 Euro zu. In einem Minderheitenvotum lehnten zwei der sieben Richter die Mehrheitsmeinung der Kammer jedoch ausdrücklich ab: Aus ihrer Sicht bestand keineswegs ein öffentliches Interesse, dass Annen die beiden Mediziner hart kritisierte und an den öffentlichen Pranger stellte. Durch die Verweise auf NS-Zeit, Holocaust und Auschwitz habe Annen die Ärzte vielmehr in unzulässiger Weise "dämonisiert". Gegen das Urteil kann Berufung eingelegt werden.

Stand: 26.11.2015, 14.18 Uhr